

Jetzt fordert die Politik einen Marschhalt in der Standortfrage

Kanton Die Regierung weist die Kritik zurück, die Zukunft der Schwyzer Mittelschullandschaft werde einzig durch finanzpolitische Motive geleitet.

Jürg Auf der Maur

Seit die Schwyzer Regierung und das Theresianum Ingenbohl bekannt gaben, dass derzeit Gespräche über eine gemeinsame Zukunft von Theri und Kollegi geführt werden, herrscht an beiden Schulorten grosse Aufregung. In Ingenbohl wie Schwyz wird laut für den eigenen Standort geworben. In Schwyz hat sich eine Interessengemeinschaft gebildet, die sich für den Erhalt des Kollegi einsetzt.

Gleichzeitig stehen die Zeichen auch in Ausserschwyz auf Sturm. Hier soll in Pfäffikon eine neue, gemeinsame Mittelschule gebaut werden, während die bisherige Mittelschule in Nuolen geschlossen würde. Der Kantonsrat wird demnächst über ein Postulat befinden, das einen Marschhalt fordert und von nicht weniger als 15 Parlamentariern aus allen Parteien unterzeichnet wurde.

«Wir fordern einen Marschhalt. Es sollen keine Entscheide ohne zugrunde liegendes Konzept getroffen werden», sagt CVP-Kantonsrat Dominik Blunschy, der die IG Kantonsschule Kollegium Schwyz präsidiert.

Stähli sieht keinen Widerspruch zur Immobilienstrategie

Neuer Wind in die Debatte kommt auch von der Regierung, die letzte Woche eine Kleine Anfrage von drei Parlamentariern beantwortete. Erstmals bekennt sich die Regierung öffentlich zur Kantonsschule als Trägerschaft einer künftigen gemeinsamen Schule. Diese Antwort entbehrt nicht einiger Brisanz: Falls die neue Schule eine Kantonsschule ist, könnte dies das Ende der Stiftung Theresianum bedeuten. Das wiederum könnte entscheidend für die Standortfrage sein, denn der Kanton selbst sagt in seiner Immobilien-Strategie, er wolle, wenn immer möglich, Räumlichkeiten im eigenen Besitz nut-



Was geschieht mit dem Kollegi (Bild), dem Theri und den Mittelschulen in Ausserschwyz? Die Debatte wird bald auch den Schwyzer Kantonsrat beschäftigen.
Bild: Laura Inderbitzin

«Die Immobilien-Strategie beschreibt Szenarien.»

Michael Stähli
Regierungsrat

zen. Da das Kollegium dem Kanton gehört, müsste er sich hier, anders als im Theri, nicht um den Standort kümmern. «Eine Auslagerung würde der Immobilienstrategie des Kantons widersprechen», folgert denn auch Blunschy.

Bildungsdirektor Michael Stähli sieht das anders: «Die Immobilienstrategie beschreibt Szenarien im Sinne von «Was wäre, wenn?» und zeigt lediglich räumliche Lösungsmöglichkeiten auf», erklärt er gegenüber dem «Boten».

In erster Linie seien jetzt die betreffenden Schulen gefragt, welche ergebnisoffenen den Zusammenschluss ihrer Bildungsangebote prüfen. Die Machbarkeitsprüfung habe gezeigt, dass an

beiden Schulen die Voraussetzungen für eine vereinte Mittelschule Innerschwyz erfüllt wären. Und: «Eine Zusammenlegung würde eine Kantonsschule ergeben. Was mit der Stiftung geschehen würde, ist Sache der heutigen Privatschule Theresianum Ingenbohl.»

Vorwürfe, bei der Regierung sei die Debatte nur finanzpolitisch geprägt, eine Strategie fehle, weist Stähli schliesslich vehement zurück. «Die Prüfung von Strukturveränderungen im Bildungswesen erfolgt immer auch mit dem Fokus, für Schüler/innen pädagogische Mehrwerte zu schaffen. «Es sind sehr wohl strategische Grundlagen und zahlreiche Richtungsentscheide vorhanden.»

«Die klassische Wahlwerbung bleibt»

Kanton Der Berner Politik- und Kommunikationsfachmann Mark Balsiger zu den Auftritten der Schwyzer Politiker in den sozialen Medien.

Schwyz Politiker sind im Wahlkampfmodus. Immer häufiger lachen sie einem auf Facebook, Instagram oder anderen sozialen Medien entgegen. Experte Mark Balsiger nimmt Stellung.

Es fällt auf, dass sich Schwyzer Politiker offenbar für die Wahlen rüsten und ihre Aktivitäten auf Facebook und anderen Kanälen ausbauen. Nützt das etwas?

Wo die Masse ist, sollten auch die Kandidatinnen und Kandidaten sein. Konkret: In der Schweiz haben 3,8 Millionen Menschen ein Facebook-Profil, und inzwischen sind 2,5 Mio. Menschen auf Instagram. Social Media sind ausgezeichnete Plattformen, wenn man stetig und humorvoll Beiträge ins Netz stellt.

Aber?

Ein Teil von ihnen sollte auch mit Substanz überzeugen, so baut man sich Reichweite und Glaubwürdigkeit aus. Bei vielen Politikern reicht der Atem für Social-Media-Aktivitäten für zwei oder drei Monate, danach werden ihre Profile zu Internet-Ruinen.

Und als Printjournalist: Alle reden von einem Online-Wahlkampf, der auf uns zukommt. Sehen Sie das auch so?

Ich sage schon seit 15 Jahren, dass Innovationen im Wahlkampf nur noch im Internet möglich werden. Die Realität ist ja, dass wir alle mehrere Stunden am Tag online sind. Die fitten NGO oder Organisationen wie Operation Libero sind mit grossem Erfolg im Netz präsent, weil sie den Dreh raus haben.

Und die Politiker: Sind sie auch richtig unterwegs?

Die grossen Herausforderungen für Milizpolitiker sind Zeit und die Begabung, knappe und gute Postings, das heisst Beiträge, zu fabrizieren. Dabei hapert es gewaltig. Die meisten Verlautbarungen sind schnell hingeworfene Sätze oder Allgemeinplätze. Damit gewinnt man nicht einmal einen Blumentopf. Ich erinnere Kandidierende immer wieder, dass Schreiben Arbeit am Gedanken ist. In der Politik kann denken nicht schaden.



Der Berner Kommunikationsprofi Mark Balsiger sagt, in Schwyz könne man auch gewählt werden, ohne dass man sich zuvor auf Social Media tummle.
Bild: PD

Ersetzen soziale Medien wie Facebook und Instagram tatsächlich die klassische Wahlwerbung via Inserat, Flyer oder Giveaway?

Die klassischen Offline-Werbemöglichkeiten werden nicht verschwinden, aber der langsame Siegeszug des Online-Wahlkampfes geht weiter. Für die sogenannten Digital Natives, also diejenigen Leute, die 1980 oder später geboren wurden, gibt es schlicht keine Entscheidung mehr: Sie bewegen sich nur im Netz.

Was raten Sie speziell im ländlichen Kanton Schwyz Kandidierenden?

Der Kanton Schwyz ist überschaubar. Wer hier gut vernetzt ist und bei den Leuten ankommt, hat auch 2019 Wahlchancen, ohne sich auf Social Media zu tummeln.

Das bedeutet?

Auf solche Kanäle soll nur setzen, wer Ausdauer und Lust darauf hat. Alles andere ist kontraproduktiv. Sehr professionell ist übrigens FDP-Chefin Petra Gösli auf Twitter und Instagram unterwegs. Sie hat sich gut organisiert, liefert doch eine Assistentin den Löwenanteil des Contents.

Jürg Auf der Maur

Hausverbot war keine Nötigung

Bundesgericht Zwei Personen erhielten wegen ungebührlichen Verhaltens, Verleumdung und Verbreitung von Lügen ein unbefristetes Hausverbot für ein kleines Einkaufszentrum im Kanton Schwyz. Der Eigentümer des Areals und Zentrumsleiter, der das Verbot ausgesprochen hatte, wurde im Mai 2017 vom Bezirksgericht March und später vom Kantonsgericht wegen mehrfacher Nötigung und übler Nachrede schuldig gesprochen. Das Kantonsgericht ging davon aus, dass nicht er, sondern die Mieterschaft im Erdgeschoss der Liegenschaft das Hausverbot hätte erlassen müssen. Dem Zentrumsleiter wurde eine unbedingte Geldstrafe von 50 Tagessätzen à 320 Franken auferlegt.

Dagegen wehrte sich der Beschuldigte. Vor Bundesgericht verlangte er einen Freispruch vom Vorwurf der Nötigung – und das mit Erfolg. Das Bundesgericht hält fest, selbst wenn der Zentrumsleiter das Hausverbot unzulässigerweise ausgesprochen hätte, würde es sich dabei nicht um den Straftatbestand der Nötigung handeln. Mit dem Erlass eines Hausverbots sei nicht zugleich eine «Androhung ernstlicher Nachteile», wie das für eine Nötigung verlangt werde, ausgesprochen worden. Die Angelegenheit hätte demnach auf dem zivilrechtlichen Weg zwischen den beiden Parteien geklärt werden müssen. Der Kanton Schwyz muss dem Beschwerdeführer eine Entschädigung von 3000 Franken bezahlen. (one)

Jugendparlament tagt erst am 17. Mai

Kanton Das Jugendparlament des Kantons Schwyz führt dieses Jahr erneut die Jugendsession durch. Diesmal nicht wie gewohnt im April, sondern am 17. Mai. An der Jugendsession nehmen Jugendparlamentarier aus dem ganzen Kanton teil. Die meisten von ihnen sind zwischen 14 und 20 Jahre alt und besuchen die Sekundarstufe, eine Berufsschule oder das Gymnasium. Die diesjährige Themenwahl: Wie steht es um die Jugendpolitik im Kanton Schwyz? Brauchen wir ein erweitertes öffentliches Verkehrswesen? Wie sieht es mit Recycling an Schulen aus? Die Kesb: Was sind ihre Vor- und Nachteile, gibt es allfälligen Handlungsbedarf? Interessierte Jugendliche können sich bis 1. Mai anmelden auf jugendparlament-schwyz.ch. (one)

NACHRICHTEN

HEV hat eine neue Homepage

Kanton Seit dem 10. April ist die neue Website des Hauseigentümergebietes des Kantons Schwyz online. Für die Verantwortlichen ist es wichtig, dass die Mitglieder und Interessierte aktiv informiert werden, heisst es in einer Medienmitteilung. Die neue Homepage ist auch für mobile Geräte angepasst. (sb)

Verband feiert 100-Jahr-Jubiläum

Einsiedeln Bereits seit 100 Jahren existiert der Hauseigentümergebietesverband (HEV) Region Einsiedeln. Er ist somit die älteste der insgesamt fünf kantonalen Sektionen. Schwyz und Umgebung, March und Höfe, Region Arth-Goldau und Bezirk Küssnacht wurden frühestens 32 Jahre nachher gegründet. Morgen Abend findet um 18.30 Uhr im Kultur- und Kongresszentrum Zwei Raben die Generalversammlung statt. (sb)